

# Zwischen historischer Verantwortung und Zweistaatenlösung: Die Nahostpolitik der Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel<sup>1</sup>

Jan Busse

Die deutsche Nahostpolitik ist insgesamt – unabhängig von den Parteien, die die Regierung bilden – von Kontinuität geprägt. Zentrale Eckpfeiler der deutschen Nahostpolitik sind die besonderen Beziehungen zu Israel einerseits und das Entstehen für eine Zweistaatenlösung andererseits. Diese Ziele stehen oftmals in einem Spannungsverhältnis zueinander. Sie in Einklang zu bringen, stellt die zentrale Herausforderung für deutsche Nahostpolitik dar. Die folgende Analyse der Nahostpolitik der Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel zeigt, dass dies oftmals nur in begrenztem Maße gelingt.

## **Die Nahostpolitik der Großen Koalition (2005-2009)**

Die Betonung der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel und das damit verbundene Eintreten für Israels Existenzrecht werden grundsätzlich von allen Bundesregierungen geteilt, unabhängig davon, welche Parteien die Regierungen bilden. Be-

merkwürdig ist in diesem Zusammenhang, dass Merkel nicht nur die historische Verantwortung betonte, sondern auch Israel als ausdrücklich jüdischen Staat anerkannte.<sup>2</sup> Merkel ging noch weiter und machte bereits 2006 in einem Interview deutlich, dass das „Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsräson“ gehöre.<sup>3</sup> Dies hob sie auch bei ihrer Rede vor der Knesset am 14. März 2008 öffentlichkeitswirksam hervor und stellte klar: „[D]ie Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar“.<sup>4</sup> Auf der Führungsebene etablierte sich ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Kanzlerin Merkel und dem israelischen Premierminister Olmert. Dieser bezeichnete Merkel als eine „außergewöhnliche Dame, eine sehr ernsthafte und hilfreiche Freundin Israels“.<sup>5</sup> Dies führte zu einer Vertiefung der ohnehin schon engen Beziehungen, indem Merkel und Olmert 2008 die deutsch-israelischen Regierungskonsultationen ins Leben riefen.<sup>6</sup> Eine Abkühlung des deutsch-israelischen Verhältnisses gab

es nach der Regierungsübernahme von Benjamin Netanjahu Anfang 2009. Das persönliche Verhältnis zwischen Merkel und Netanjahu erscheint deutlich distanzierter als die zuvor enge Bindung zwischen Merkel und Olmert. Nicht nur die für 2009 geplante Neuauflage der Regierungskonsultationen wurde verschoben. Der Antrittsbesuch des neuen israelischen Außenministers Lieberman in Berlin im Mai 2009 wurde von deutscher Seite auf das protokollarische Minimum reduziert.<sup>7</sup>

In Merkels erster Amtszeit rückte der Nahost-Friedensprozess zugunsten der besonderen Beziehungen zu Israel in den Hintergrund. Dies wurde auch während einer der ersten Auslandsreisen der Kanzlerin nach ihrem Amtsantritt nach Israel deutlich. Kurz nach dem Sieg der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen übernahm Merkel Ende Januar 2006 nahezu vollständig die Position der israelischen Regierung gegenüber der Hamas.<sup>8</sup> Nach der Machtübernahme der Hamas in Gaza im Juni 2007 unterstützte die Bundesregierung zudem die sogenannte West-Bank-First-Strategie, die auf der Idee basierte, die West Bank zu einem Modell für die palästinensische Bevölkerung zu machen, damit diese sich in Gaza von der Hamas abwendet.<sup>9</sup> Auf diese Weise unterstützte die deutsche Regierung zumindest indirekt die Isolations- und Blockadepo-

litik gegen den Gazastreifen.<sup>10</sup> Im Zuge des Gazakrieges 2008/2009 machte Merkel darüber hinaus allein Hamas für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Für diese einseitige Positionierung wurde sie daraufhin nicht nur von der Opposition, sondern auch von ihrem liberalen Koalitionspartner kritisiert.<sup>11</sup> Gleichzeitig trat Außenminister Steinmeier bei dem Versuch in Erscheinung, die Gewalt im Zuge des Gazakrieges zu beenden. Zusammen mit seinem französischen Amtskollegen Kouchner rief er am 14. Januar 2009 zu einer „humanitären Waffenruhe“ auf, brachte aber darüber hinaus auch sein Verständnis für israelische Sicherheitsinteressen zum Ausdruck.<sup>12</sup> Wenngleich Merkel Israel grundsätzlich unterstützt, hat sie wiederholt den israelischen Siedlungsbau kritisiert. So zum Beispiel während eines Besuchs des israelischen Premierministers Netanjahu in Berlin im August 2009.<sup>13</sup>

### **Die Nahostpolitik der schwarz-gelben Koalition (seit 2009)**

Auch in der konservativ-liberalen Koalition ab 2009 äußerte die Bundesregierung weiterhin Unterstützung für Israel. So nahmen CDU/CSU und FDP in ihre Koalitionsvereinbarung das Entstehen Deutschlands für einen ausdrücklich jüdischen Staat auf.<sup>14</sup> Zudem lehnte Deutschland die Schluss-

folgerung des Goldstone-Berichts der Vereinten Nationen ab, wonach sich nicht nur Hamas, sondern auch Israel Kriegsverbrechen während des Gazakriegs schuldig gemacht hätten.<sup>15</sup> Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang, dass laut Wikileaks Cables Merkels nationaler Sicherheitsberater Christoph Heusgen den USA vorgeschlagen hatte, die Ablehnung des Goldstone-Berichts davon abhängig zu machen, dass Israel alle Siedlungsbauaktivitäten stoppt.<sup>16</sup> Dieses Beispiel steht stellvertretend für den zunehmenden Unmut der Bundesregierung mit Israels Politik. Neben der wiederholten unverhältnismäßigen Anwendung von Gewalt, der Verwendung deutscher Pässe bei der Tötung des Hamas-Mitglieds Mahmud Mabhu in Dubai im Januar 2010<sup>17</sup> trugen hierzu auch die rassistischen Äußerungen von Mitgliedern der israelischen Regierung – insbesondere Außenminister Lieberman – bei.<sup>18</sup> Dies ist auch daran abzulesen, dass Merkel im März 2010 und während der zweiten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen in Jerusalem im Januar 2011 den israelischen Siedlungsbau in der West Bank und Ostjerusalem mit ungewohnter Schärfe kritisierte und ihn als Hindernis für den Frieden bezeichnete.<sup>19</sup>

Bei der deutschen Bewertung israelischer Militäroperationen lassen sich Veränderungen beobachten. Das Recht auf israelische Selbstverteidigung stand

für Merkel bei der Beurteilung des Libanon-Kriegs 2006 und des Gaza-Kriegs 2008/9 eindeutig im Vordergrund.<sup>20</sup> Im Gegensatz dazu positionierte sich die Bundesregierung gegenüber der israelischen Militäroperation gegen die Gaza-Hilfsflotte im Mai 2010 wesentlich kritischer. Der Sprecher der Bundesregierung Ulrich Wilhelm äußerte Zweifel daran, dass das Prinzip der Verhältnismäßigkeit eingehalten worden sei und erklärte: „Die Bundesregierung ist bestürzt über die militärische Aktion und bedauert zutiefst den Verlust von Menschenleben“.<sup>21</sup> Es ist ebenfalls bemerkenswert, dass Deutschland im Februar 2011 im UN-Sicherheitsrat für einen Resolutionsentwurf stimmte, der den israelischen Siedlungsbau verurteilte.<sup>22</sup> Der Entwurf scheiterte aufgrund eines Vetos der USA. In der Sitzung des Sicherheitsrats trug der britische UN-Botschafter seine Stellungnahme auch im Namen Frankreichs und Deutschlands vor und betonte, die Siedlungen seien „illegal under international law, [...] an obstacle to peace and constitute a threat to a two-State solution“.<sup>23</sup> In einem anschließenden Telefonat zwischen Merkel und Netanjahu zeigte sich letzterer enttäuscht über das deutsche Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat. Merkel jedoch entgegnete, dass sie diejenige sei, die Grund zur Enttäuschung habe, weil Netanjahu nichts

getan habe, um den Friedensprozess voranzubringen.<sup>24</sup>

Die palästinensische Initiative zur UN-Mitgliedschaft im September 2011 wies Kanzlerin Merkel mit Verweis darauf zurück, dass einseitige Schritte im Friedensprozess nicht hilfreich seien.<sup>25</sup> Auf den Entschluss der israelischen Regierung Anfang Oktober 2011 den Bau von 1.000 Wohneinheiten in Ostjerusalem zu genehmigen, reagierte Kanzlerin Merkel laut Medienberichten „erbost“. Israelische Offizielle gaben demnach an, dass Merkel kein Wort von Netanjahu glauben würde. Merkel zeigte sich besonders verärgert über das Timing der Israelis, da sie sich zuvor gegen die palästinensische UN-Mitgliedschaft eingesetzt hätte und nun eine Rückkehr an den Verhandlungstisch umso schwieriger erscheine. Die israelische Tageszeitung Haaretz sah in dieser Auseinandersetzung eine „beispiellose diplomatische Krise“ zwischen beiden Staaten.<sup>26</sup> Anfang November 2011 stimmte die Bundesregierung zudem gegen die Aufnahme Palästinas in die UNESCO. Dieser Schritt rief zwar die Missbilligung der Opposition hervor, steht aber in Einklang mit der deutschen Positionierung zur palästinensischen UN-Initiative.<sup>27</sup> Israel reagierte auf die Aufnahme Palästinas in die UNESCO mit der Entscheidung 2.000 Wohneinheiten in Ostjerusalem und der West Bank zu bauen. Dieser

Schritt wurde von der Bundesregierung mit ungewöhnlich scharfer Kritik bedacht. Regierungssprecher Seibert sprach von einer „besorgniserregenden Entwicklung“ und stellte klar: „Siedlungsaktivitäten in den besetzten Gebieten sind völkerrechtswidrig“ und würden eine Zwei-Staaten-Lösung behindern.<sup>28</sup> Bei einer seiner ersten Auslandsreisen in Israel im Mai 2012 erregte Bundespräsident Gauck großes Aufsehen. Denn er relativierte die Formulierung von Kanzlerin Merkel, dass das Existenzrecht Israels Teil deutscher Staatsräson sei. Er stellte klar, dass das Eintreten für Israels Existenzrecht für deutsche Politik zwar bestimmend sei. Gleichzeitig betonte er in Bezug auf eine mögliche militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und Iran, dass das Wort „Staatsräson“ Kanzlerin Merkel in „enorme Schwierigkeiten“ bringen könne.<sup>29</sup>

Dass trotz dieser Beispiele die Beziehungen zwischen beiden Staaten weiterhin sehr eng sind, zeigt sich insbesondere an den Lieferungen deutscher U-Boote an Israel. Diese reichen bis Anfang der 1990er Jahre zurück. Die damalige Regierung Kohl sicherte Israel den Bau zweier U-Boote der Dolphin-Klasse und deren volle Finanzierung in Höhe von 880 Millionen Mark zu. 1995 einigten sich beide Seiten auf den Bau eines dritten U-Bootes, an dessen Kosten Deutschland

sich zur Hälfte mit 220 Millionen Mark beteiligte. Die drei U-Boote wurden 1999 und 2000 ausgeliefert. Ein viertes und fünftes U-Boot genehmigte Kanzler Schröder am Ende seiner Amtszeit 2005. Zwei Drittel der Kosten, rund 666 Millionen Euro, wurden von der Bundesregierung übernommen, während Israel ein Drittel der Kosten trug.<sup>30</sup> Die Zustimmung zu einem sechsten U-Boot knüpfte die Bundeskanzlerin an Zugeständnisse im Friedensprozess. Die Tageszeitung *Die Welt* sah darin einen „radikalen Kurswechsel in der deutschen Außenpolitik“, da erstmals Sicherheitsfragen mit politischen Forderungen verknüpft wurden.<sup>31</sup> In diesem Punkt gab es jedoch kein Entgegenkommen von israelischer Seite. Dennoch unterzeichneten im März 2012 die deutsche und die israelische Regierung den offiziellen Vertrag über das sechste U-Boot, von dem Deutschland ein Drittel der Kosten, also 135 Millionen, übernimmt.

### **Schlussfolgerungen**

Die deutsche Nahostpolitik befindet sich in einem Spannungsverhältnis zwischen der historischen Verantwortung gegenüber Israel und dem glaubwürdigen Eintreten für eine Zwei-Staaten-Lösung. Die vorgestellte Analyse der Nahostpolitik der Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel ver-

deutlicht, dass es nur begrenzt gelingt, diese beiden Ziele miteinander in Einklang zu bringen. In jüngster Zeit ist zu beobachten, dass die Kritik der Bundesregierung an der Politik der israelischen Regierung quantitativ und in ihrer Schärfe zunimmt. Dass dies jedoch keine Abkehr von den besonderen Beziehungen zu Israel darstellt, zeigt sich in der wohlwollenden Haltung im Hinblick auf die U-Boot-Lieferungen an Israel, die aus israelischer Sicht einen erheblich wichtigeren Beitrag zum Existenzrecht Israels leisten als diplomatische Bekundungen.

Auffällig ist, dass die Nahostpolitik der Bundesregierung so nicht von der deutschen Öffentlichkeit geteilt wird. Meinungsumfragen zeigen deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht ist, dass die Politik der Bundesregierung pro-israelisch ist.<sup>32</sup> Eine Umfrage des *Stern* vom Mai 2012 zeigt, dass sich Israelbild in der deutschen Bevölkerung in den letzten drei Jahren deutlich verschlechtert hat. Demnach betrachten 59 Prozent der Befragten Israel als aggressiv. Dies ist ein Anstieg um 10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2009. Darüber hinaus sind 70 Prozent der Ansicht, dass Israel seine Interessen ohne Rücksicht auf andere Völker verfolge. Hier ist ein Anstieg um 11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2009 zu verzeichnen. Außerdem sprechen sich in der Umfrage im Gegensatz zur Posi-

tion der Bundesregierung 65 Prozent der Bevölkerung dafür aus, dass Deutschland Palästina als Staat anerkennen sollte. Eine besondere Verantwortung gegenüber Israel erkennen nur 33 Prozent aller Befragten an. Dagegen sind 60 Prozent der Meinung, dass es keine besondere Verpflichtung Deutschlands mehr gegenüber Israel gebe.<sup>33</sup>

Vor dem Hintergrund dieser offenkundigen Diskrepanz zwischen der Nahostpolitik der Bundesregierung und der Meinung in der Bevölkerung, bleibt abzuwarten, ob die Verschärfung der Kritik gegenüber Israel der Beginn eines Politikwechsels darstellt oder nur eine vorübergehende Trübung der bilateralen Beziehungen.

## Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag basiert zum Teil auf folgenden Beiträgen: Asseburg, Muriel; Busse, Jan (2011): „Deutschlands Politik gegenüber Israel.“ In: Jäger, Thomas; Höse, Alexander; Oppermann, Kai (Hg.) Deutsche Außenpolitik. Second revised and extended. ed. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 693–716; Busse, Jan (2012): „Continuity and Change: Deconstructing German Foreign Policy toward the Middle East Conflict.“ In: Ratka, Edmund; Spaiser, Olga (Hg.) Understanding European Neighbourhood Policies: Concepts, Actors, Perceptions. Baden-Baden: Nomos, S. 141–155.
- 2 Erstmals im CDU Grundsatzprogramm von 2007: CDU (2007): Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Grundsatzprogramm, <http://www.cdu.de/doc/pdfc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf>.

- 3 Welt am Sonntag (2006): „Wir können uns nicht heraushalten.“ Interview mit Angela Merkel, 20.08.2006, verfügbar unter: <http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Interview/2006/08/2006-08-20-bkin-in-wams.html>.
- 4 Merkel, Angela (2008): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset, 18.03.2008, [http://www.bundeskanzlerin.de/nn\\_700276/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/03/2008-03-18-rede-merkel-vor-der-knesset.html](http://www.bundeskanzlerin.de/nn_700276/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/03/2008-03-18-rede-merkel-vor-der-knesset.html).
- 5 Süddeutsche Zeitung (2006): „Niemand kann uns stoppen“, Interview mit Ehud Olmert. 3.08.2006, <http://www.sueddeutsche.de/politik/israels-premier-niemand-kann-uns-stoppen-1.739376>.
- 6 Bundesregierung (2008): Bilaterale Vereinbarungen der ersten deutsch-israelische Regierungskonsultationen. 17.03.2008. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Regionale-Schwerpunkte/NaherUndMittlererOsten/Downloads/080317-d-isr-konsultationen-erklaerung.pdf>.
- 7 Nüsse, Andrea (2009): „Kein öffentliches Wort von Lieberman“, Der Tagesspiegel, 08.05.2009, <http://www.zeit.de/online/2009/20/liebermann-besuch>; Der Spiegel, Diplomatische Kritik, 15/2009, S. 22. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-64949391.html>; Haaretz (2009): „German official: Lieberman comments ‚far from encouraging‘“, 07.05.2009, [www.haaretz.com/news/german-official-lieberman-comments-far-from-encouraging-1.275602](http://www.haaretz.com/news/german-official-lieberman-comments-far-from-encouraging-1.275602).
- 8 Bundesregierung (2006): Regierungspressekonferenz am 14.8.2006, [http://www.bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Archiv16/Pressekonferenzen/2006/08/2006-08-14-regpk-mitschrift.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Archiv16/Pressekonferenzen/2006/08/2006-08-14-regpk-mitschrift.html).
- 9 Brom, Shlomo 2007: „Making the West Bank a Model“, in: Bitterlemons.org 18, 21.05.2007, [www.geneva-accord.org/mainmenu/making-the-west-bank-a-model?Itemid=0](http://www.geneva-accord.org/mainmenu/making-the-west-bank-a-model?Itemid=0).
- 10 Asseburg, Muriel (2010): Die Gaza-Blockade beenden - aber wie? Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell A/51, Juni 2010; Müller, Patrick (2009): Die EU, die Hamas und die Krise im israelisch-palästinensischen Friedensprozess. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 8, März 2009.

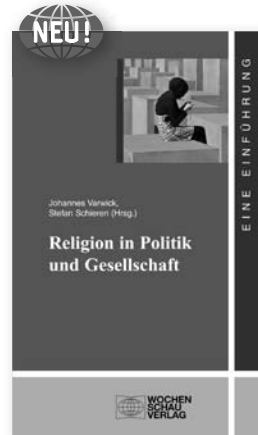
- 11 Weiland, Severin (2008): „Merkels Schuldzuweisung provoziert Kritik“, Spiegel Online, 30.12.2008, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,598901,00.html>.
- 12 Auswärtiges Amt (2009): Gemeinsame Erklärung des Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier und des französischen Außenministers Bernard Kouchner zur Lage in Gaza. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090115-BM-FRA-Gaza.html>; Auswärtiges Amt (2009b): Hoffnung auf baldiges Schweigen der Waffen. [http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/BM-Reisen/2009/090115-nahostreise1,\\_\\_\\_page=4.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/BM-Reisen/2009/090115-nahostreise1,___page=4.html).
- 13 Bundesregierung (2009): „Weg zu einer friedlichen Zukunft“, Presseerklärung, 27.08.2009, <http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/08/2009-08-27-merkel-netanjahu.html>.
- 14 CDU/CSU/FDP (2009): Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, <http://www.cdu.de/doc/pdf/091026-koalitionsvertrag-cducus-fdp.pdf>.
- 15 Vereinte Nationen (2009): By Recorded Vote, General Assembly Urges Israel, Palestinians to Conduct Credible, Independent Investigations into Alleged War Crimes in Gaza, GA/10883, 05.11.2011, [www.un.org/News/Press/docs/2009/ga10883.doc.htm](http://www.un.org/News/Press/docs/2009/ga10883.doc.htm).
- 16 United States Department of State 2008: National Security Advisor Heusgen on Afghanistan, Middle East, Iran, Detainees, Russia, Nukes and Balkans, WikiLeaks Cable 09BERLIN1433, 12/11/2009, <http://wikileaks.fi/cable/2009/11/09BERLIN1433.html>.
- 17 Schult, Christoph; Stark, Holger (2010): „Dreiste Nummer.“ Der Spiegel 25/2010, S. 108-109, [www.spiegel.de/spiegel/print/d-71030025.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71030025.html).
- 18 Haaretz (2009): „Netanyahu must rein in Lieberman's racist proposals“. 31.05.2009, [www.haaretz.com/print-edition/opinion/editorial-netanyahu-must-rein-in-lieberman-s-racist-proposals-1.276976](http://www.haaretz.com/print-edition/opinion/editorial-netanyahu-must-rein-in-lieberman-s-racist-proposals-1.276976).
- 19 Bundesregierung (2011): „Pressekonferenz Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsident Netanyahu“, Jerusalem, 31.03.2011, [www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/01/2011-01-31-deutsch-israelische-regkonsultationen.html](http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/01/2011-01-31-deutsch-israelische-regkonsultationen.html); Bundesregierung (2010): „Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten des Ministerrates der Libanesischen Republik, Saad Rafik Hariri“, Berlin, 15.03.2010, [www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/03/2010-03-15-statement-merkel-hariri.html](http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/03/2010-03-15-statement-merkel-hariri.html).
- 20 Wie Fn. 11.
- 21 Bundesregierung (2010): Bestürzung über israelischen Marineeinsatz gegen Gaza-Hilfskonvoi, 31.05.2010, [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1272/Content/DE/Artikel/2010/05/2010-05-31-marineeinsatz-gaza.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Artikel/2010/05/2010-05-31-marineeinsatz-gaza.html)
- 22 Vereinte Nationen (2011): Draft Security Council resolution on Israeli settlements, S/2011/24, 18/02/2011, <http://unispal.un.org/UNISPAL.NS.F/0/9397A59AD7BEA70B8525783F004F194A>.
- 23 Vereinte Nationen (2011): 6484th meeting of the Security Council, S/PV.6484, 18/02/2011, <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/PRO/N11/238/45/PDF/N1123845.pdf?OpenElement>.
- 24 Ravid, Barak(2011): „Merkel chides Netanyahu for failing to make 'a single step to advance peace'“, Haaretz, 25.02.2011, [www.haaretz.com/print-edition/news/merkel-chides-netanyahu-for-failing-to-make-a-single-step-to-advance-peace-1.345539](http://www.haaretz.com/print-edition/news/merkel-chides-netanyahu-for-failing-to-make-a-single-step-to-advance-peace-1.345539).
- 25 Bundesregierung (2011): „Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und Ministerpräsident Netanyahu“, Berlin, Mitschrift Pressekonferenz, 07.04.2011, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/04/2011-04-07-merkel-netanjahu.html>.
- 26 Ravid, Barak (2011): „Israel and Germany in unprecedented diplomatic crisis over Jerusalem construction.“ Haaretz. 10.2.2011, <http://www.haaretz.com/print-edition/news/israel-and-germany-in-unprecedented-diplomatic-crisis-over-jerusalem-construction-1.387572>.
- 27 Die Zeit (2011): „Kritik am deutschen Unesco-Votum“, 01.11.2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-11/kritik-abstimmung-unesco>

- 28 Bundesregierung (2011): „Verhandlungen in den Mittelpunkt stellen“, Presseerklärung, 2.11.2011, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/11/2011-11-02-bundesregierung-israel-siedlungsbau.html>.
- 29 Sturm, Daniel Friedrich (2012): „Gauck rückt von Merkels Staatsräson-Formel ab.“, Welt Online. 29.5.2012, <http://www.welt.de/politik/ausland/article106389740/Gauck-rueckt-von-Merkels-Staatsraeson-Formel-ab.html>.
- 30 Bergman, Ronen/ Follath, Erich/ Keinan, Einat u.a. (2012): „Made in Germany: Wie Deutschland die Atommacht Israel aufrüstet.“ Der Spiegel (23/2012), 20–33; Nassauer, Ottfried (2011): Sechs Dolphin-U-Boote für Israels Abschreckung. BITS Research Note Nr. 11.1. Berlin Information-center for Transatlantic Security, <http://www.bits.de/public/pdf/rn11-1.pdf>.
- 31 Alexander, Robin/ Wergin, Clemens (2011): „So lief Kanzlerin Merkels U-Boot-Deal mit Israel.“ Welt Online. 4.12.2011, <http://www.welt.de/politik/ausland/article13749068/So-lief-Kanzlerin-Merkels-U-Boot-Deal-mit-Israel.html>.
- 32 ADL Survey (2007): Attitudes Toward Jews and the Middle East in Five European Countries, Mai 2007. [http://www.adl.org/anti\\_semitism/European\\_Attitudes\\_Survey\\_May\\_2007.pdf](http://www.adl.org/anti_semitism/European_Attitudes_Survey_May_2007.pdf).
- 33 Stern (2012): „Israel verliert bei den Deutschen an Ansehen.“ Stern. 23.5.2012, <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-israel-verliert-bei-den-deutschen-an-ansehen-1830648.html>.



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung



ISBN 978-3-89974837-6, 128 S., € 9,80

Johannes Varwick,  
Stefan Schieren (Hrsg.)

## Religion in Politik und Gesellschaft

Nicht der Islam gehöre zu Deutschland, wohl aber die Muslime – diese Relativierung der Aussage Christians Wulffs durch seinen Nachfolger Joachim Gauck zeigt wie kontrovers derzeit über den Einfluss des Islams in Deutschland diskutiert wird. Die Verflechtungen von Politik, Religion und Gesellschaft sind vielfältig und oft nicht auf den ersten Blick durchschaubar. Dieser Band beleuchtet sie aus sowohl nationaler als auch internationaler Perspektive. Auf die Besonderheiten des deutschen Staatskirchenrechts wird dabei besonderes Augenmerk gelegt. Fünf Beiträge verschaffen in diesem Buch einen knappen, aber dennoch umfassenden Überblick über die Geschichte, die Zusammenhänge, die Hintergründe und die aktuellen Debatten.

Adolf-Damaschke-Str. 10  
65824 Schwalbach/Ts.  
Tel.: 06196 / 8 60 65, Fax: 06196 / 8 60 60  
[info@wochenschau-verlag.de](mailto:info@wochenschau-verlag.de)  
**www.wochenschau-verlag.de**